



ST. GALLER FREISINN

St. Gallen	2/3/4/5/6	Aus den Kantonen	12	Buch «Die Durcheinanderwelt»	19	Unter Freisinnigen	22
Page Romande	10	Seite der Präsidentin	18	Digitalisierung Schule	20	Tag der FDP 2017	24

39. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen St. Gallen

Inhalt

Änderungen beim FDP-Sekretariat

Auf dem FDP-Sekretariat kommt es zu Veränderungen. Geschäftsführer Adrian Schumacher will sich nach sieben Jahren einer neuen beruflichen Herausforderung widmen. Zudem steht beim Parteisekretariat Mitte Mai eine «Züglete» an. Von der Harfenbergstrasse 2 geht's an die Rorschacher Strasse 44.

Seiten 4 und 5

Militär attraktiver gestalten

Der Milizgedanke sichert die enge Verbindung zwischen Gesellschaft und Armee und stärkt den nationalen Zusammenhalt. Da die Basis dieses Systems jedoch zusehends erodiert, plädiert Nationalrat Marcel Dobler dafür, dass neue Modelle erdacht werden müssen, um den Militärdienst attraktiver zu gestalten.

Seite 11

Alternativen zur Altersvorsorge 2020

Die FDP wehrt sich gegen die Altersvorsorge 2020, wie sie vom Parlament verabschiedet worden ist. Das ursprüngliche Ziel, das Rentenniveau zu sichern und beide Säulen auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen, wurde nicht erreicht, bilanziert Ständerätin Karin Keller-Sutter. Den beschlossenen Rentenausbau in der ersten Säule können wir uns langfristig nicht leisten.

Seite 16

St. Galler Pensionskasse

Keine weiteren Geschenke



Die Sanierung der Pensionskasse des St. Galler Staatspersonals beschäftigt die Politik.

Beat Tinner, Fraktionspräsident FDP SG

Erinnern Sie sich? Am 9. Juni 2013 hat das St. Galler Stimmvolk das Gesetz über die St. Galler Pensionskasse angenommen. Dieses Gesetz bildete die Grundlage für die Zusammenführung und Verselbständigung der Versicherungskassen des Staatspersonals sowie der Lehrpersonen; eine Forderung, welche der Kanton aufgrund von bundesrechtlichen Vorgaben bis Anfang 2014 erledigt haben musste.

Die St. Galler Steuerzahler liessen sich die damalige Neuorganisation der Altersvorsorge ihrer Angestellten einigermassen kosten: Um beim Start der neuen Stiftung einen Deckungsgrad von 100 Prozent zu gewährleisten, wurde ein Kredit von maximal 300 Mio. Franken gesprochen, auf der anderen Seite wurde auf die Gewährung einer Staatsgarantie verzichtet. Ebenso wurde festgelegt, dass sich die Versicherten mit bis zu einem Viertel – also maximal mit 75 Mio. Franken – an den Kosten der Ausfinanzierung be-

teiligen müssen. Schliesslich brachte die Vorlage vom Juni 2013 die zeitlich längst fällige Umstellung vom Leistungsprimat auf das Beitragsprimat. Während die Gewerkschaften im Abstimmungskampf lauthals gegen die Mitarbeiterbeteiligung wetterten, betonten die Befürworter – allen voran die FDP – die Gerechtigkeitsaspekte der Vorlage. Die Tatsache, dass sie sich mit Beispielen aus der Privatwirtschaft vergleichen lasse, verfiel bei

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

den Bürgerinnen und Bürgern. Der überwältigende Ja-Stimmen-Anteil von über 70 Prozent bei der eingangs erwähnten Abstimmung spricht diesbezüglich für sich selbst.

Nachdem die neue Pensionskasse (sgpk) Anfang 2014 ihren Betrieb aufgenommen hatte, beschloss deren Stiftungsrat, den technischen Zinssatz auf 3 Prozent zu senken und gleichzeitig die Generationentafel einzuführen. Diese beiden Entscheide schlagen derzeit mit insgesamt fast einer halbe Milliarde Franken zu Buche und wirken sich auch auf den Deckungsgrad aus: Per Ende 2016 lag dieser noch bei 91 Prozent. Dazu kommt, dass die Kasse im abgelaufenen Jahr eine Rendite von lediglich 2 Prozent erwirtschaftet hat, was deutlich unter dem Branchenvergleich liegt. Aufgrund aller dieser Entwicklungen sah sich der Stiftungsrat gezwungen, über die Bücher zu gehen und markante Kurskorrekturen vorzunehmen.

Öffentlich für Furore sorgt aktuell insbesondere die Ausfinanzierung der



Beat Tinner

St. Galler Stimmvolk bereits einmal bezahlt und darüber hinaus keinerlei Versprechen oder Zusagen abgegeben hat, wird konsequent ausgeblendet. Mehr noch: Das Volk hatte im Juni 2013 seinen Entscheid im Vertrauen darauf gefällt, dass die neue Pensionskasse nicht unter die Staatsgarantie

«Es wären die Steuerzahler, welche sich auf Treu und Glauben berufen könnten.»

Ansprüche der bisherigen Rentenbezüger sowie der Übergangsgeneration; zusammen macht diese Gruppe immerhin rund 40 Prozent der Versicherten aus. Entsprechend happig präsentiert sich der Finanzbedarf – es sind dies jene 202 Mio. Franken, welche seit Wochen durch die kantonalen Medien gereicht werden. Für den Stiftungsrat der Pensionskasse sowie die Personalverbände ist es eine Selbstverständlichkeit, dass erneut die St. Galler Steuerzahler die Rechnung zu begleichen haben. Sie berufen sich dabei auf ein «Versprechen», das der damalige CVP-Finanzchef Martin Gehrler im Rahmen der Vorberatung der Vorlage von 2013 abgegeben haben soll. Es widerspreche der Tradition von Treu und Glauben, wenn dieses Versprechen nun gebrochen werde, tönt es aus der linken politischen Ecke. Die Tatsache, dass das

fällt. Folglich wären es die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, welche sich in der laufenden Debatte mit einigem Recht auf den Grundsatz von Treu und Glauben berufen könnten.

Privat Angestellte werden die Debatte aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen als besonders stossend betrachten. Grundsätzlich ist es so, dass die Kosten bei Sanierungen von Pensionskassen durch die Versicherten und die Arbeitgeber gemeinsam getragen werden. In unserem konkreten Fall wären dies der Kanton, die angeschlossenen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten (z.B. Gebäudeversicherungsanstalt, Universität St. Gallen) sowie die Gemeinden bzw. Schulgemeinden für die Lehrkräfte der Volksschule. Der Kanton und die Gemeinden zahlen somit bereits als Arbeitgeber über die Lohnprozente entsprechende Sanierungs-

beiträge und tragen so ihren Teil an die Sanierung der Pensionskasse bei. Die Finanzkommission des Kantonsrates hat dem Parlament beantragt, dem Begehren der Pensionskasse nicht nachzugeben und auf die Sanierungsvorlage nicht einzutreten.

Für die Zukunft rechnet der Stiftungsrat der sgpk mit einem reichlich

Beispiel der Pensionskasse der St. Galler Gemeinden leiten: Diese hatte vor über einem Jahrzehnt von ihren angeschlossenen Arbeitnehmern und Versicherten jedes Jahr je 1 Prozent Sonderbeitrag eingefordert. Nach zehn Jahren konnte die Massnahme abgeschlossen werden, da der Deckungsgrad der Kasse 100 Prozent

«Das Zukunftsszenario der sgpk ist zu pessimistisch.»

pessimistischen Szenario. So soll der Umwandlungssatz neu bei 5,2 Prozent liegen, was bei einem angesparten Rentenskapital von 500 000 Franken noch eine jährliche Altersrente von 26 000 Franken ergibt. Der Stiftungsrat geht somit faktisch von einer Nullverzinsung des Vorsorgekapitals aus, obschon eine Pensionskasse auch mit dem Versichertenkapital Erträge bzw. eine Rendite erzielen soll. Mit ihrem Vorgehen schürt die Pensionskasse unter dem Präsidium von SP-Kantonsrat Joe Walser unnötig Verunsicherung unter den Angestellten. Im Interesse der Betroffenen wäre vielmehr eine eigenverantwortliche, überlegte und stufenweise Sanierung der Kasse über einen längeren Zeitraum.

Folgerichtig hat die FDP anlässlich der Aprilsession des Kantonsrats einen Rückweisungsantrag eingereicht. Darin forderte die Fraktion von der Regierung, die Sanierungskosten für die Arbeitnehmer wie für die angeschlossenen Arbeitgeber – den Kanton, selbständige öffentlich-rechtliche Körperschaften, Schulträger

erreichte; heute liegt er sogar darüber.

Eine weitere finanzielle Entlastung der Angestellten im laufenden Sanierungsprozess verspricht sich die FDP durch eine Auslagerung der Risikoversicherung an einen externen Versicherer. Die Wahrscheinlichkeit, dass die entsprechenden Lohnabzüge im Vergleich zum Sanierungskonzept der sgpk nochmals gesenkt werden könnten, ist sehr gross.

Von der Regierung erwartet die FDP-Fraktion, dass sie nun jene Gesamtschau vornimmt und diese dem Parlament vorlegt, wie es die Finanzkommission des Kantonsrats bereits vor über einem Jahr gefordert hat. Eine Zusatzbotschaft ans Parlament wird Vertrauen schaffen, und zwar auf Seiten der Entscheidungsträger im Kantonsrat wie auch bei den versicherten Angestellten und den Arbeitgebern. Der Rückweisungsantrag der FDP hat die übrigen Fraktionen herausgefordert, selber einen gemeinsamen Antrag mit gleicher Stossrichtung einzureichen, der schliesslich im Rat auch eine Mehrheit fand. Der

«Die von der FDP eingebrachte Auslagerung der Risikoversicherung würde die Staatsangestellten entlasten.»

und weitere – aufzuzeigen –, und zwar unter Berücksichtigung des Sanierungskonzeptes des sgpk-Stiftungsrats. Sobald im Zuge der Sanierung ein Deckungsgrad von 100 Prozent erreicht ist – spätestens aber nach zehn Jahren –, soll eine Neubeurteilung der Situation erfolgen. Die FDP lässt sich bei diesem Vorgehen vom

Unterschied zum FDP-Antrag besteht darin, dass anstelle der Regierung die Finanzkommission in der Verantwortung steht, einen Zusatzbericht zu erstellen. Die FDP nimmt ihre Verantwortung wahr, indem sie Zusatzfragen stellt und sich weiterhin aktiv in die Beratung des Geschäfts einbringt. Wir bleiben am Ball.

Neues Planungs- und Baugesetz

Wo stehen wir?

Die Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten zum neuen Planungs- und Baugesetz haben ein gravierendes Problem aufgedeckt. Ehe totalrevidierte Ortsplanungen auf dem Tisch liegen, können Gemeinden keine Teilzonenpläne mehr erlassen. Per Anfang Oktober droht somit eine Entwicklungsblockade.

**Kantonsrat Jürg Bereuter,
Rorschach**

Nach jahrelanger Vorarbeit von Verwaltung und Regierung für die Nachfolge des heutigen Baugesetzes hat die vorberatende Kommission des Kantonsrats die Botschaft der Regierung für ein neues Planungs- und Baugesetz (PBG) an mehreren Sitzungen beraten und zahlreiche Änderungen am Gesetzestext beantragt. Der Kantonsrat ist diesen Anpassungen weitgehend gefolgt und hat das Gesetz im April 2016 erlassen. Ziel war ein schlankes und bauberrenfreundliches Gesetz.

Überführung beansprucht Zeit

Die Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten für das am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft tretende PBG haben nebst vielen positiv stimmenden Erkenntnissen auch ein Problem aufgedeckt, das rasches Handeln erfordert. Das PBG lässt den Gemeinden zehn Jahre Zeit, um ihre Zonenpläne an neue Recht anzupassen. Dabei geht es von einer einmaligen, grossen Überführung von der alten in die neue Welt aus. In Tat und Wahrheit benötigen solche Totalrevisionen aber Jahre – von der Erarbeitung des kommunalen Richtplans bis zur Genehmigung einer totalrevidierten Zonenplanung durch den Kanton. Eine fachlich begleitete Erarbeitung, das anschließende Mitwirkungsverfahren der Bevölkerung sowie und vor allem die zu erwartenden Einsprachen und Rechtsmittel brauchen Zeit.

Blockierte Teilzonenpläne in den Gemeinden

Eine genaue Analyse der Übergangsbestimmungen im PBG hat nun ergeben, dass die Gemeinden bis zum Vorliegen der totalrevidierten Ortspla-



Ohne Korrekturen drohen den St. Galler Gemeinden Verzögerungen bei Bauprojekten.

nung keine Teilzonenpläne für einzelne kleinere Gebiete mehr erlassen können. Das hat das Baudepartement in einem Kreisschreiben an die Gemeinden bestätigt. Notwendige Um- und Aufzonungen innerhalb des bestehenden Baugebiets sind somit während der Gesamtrevision der Ortsplanung schlichtweg blockiert, die Gemeinden ab Anfang Oktober in der Ortsplanung somit weitgehend handlungsunfähig. Dabei geht es nicht um beliebige, im Gutdünken von Gemeinden oder Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern liegende Anpassungen am Zonenplan, sondern um solche, die in Einklang stehen mit dem neuen kantonalen Richtplan Siedlung, dessen Genehmigung auf diesen Sommer hin erwartet wird.

Fragen an die Regierung

Diese Blockade der Gemeindeentwicklung kann weder im Interesse der Gemeinden selbst noch in demjenigen

der Unternehmen oder der privaten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sein. Die FDP hat deshalb gehandelt. Zusammen mit den beiden anderen bürgerlichen Partnern hat sie der Regierung in der Aprilsession des Kantonsrats einige Fragen gestellt. Dabei geht es der FDP-Fraktion insbesondere um die Lageeinschätzung durch die Regierung und um einen Überblick, welche konkreten Bauvorhaben in den Gemeinden aufgrund der rechtlichen Schwierigkeiten nicht zeitgerecht vorangetrieben werden können. Als Konsequenz aus der verfahrenen Situation erkundigt sich die FDP, welche Möglichkeiten die Regierung in Betracht zieht, um des Problems Herr zu werden. Ist insbesondere eine rasche Teilrevision des neuen Planungs- und Baugesetzes erforderlich?

Die FDP bleibt am Ball

Die letzte Frage zeigt bereits auf, dass das neue Planungs- und Baugesetz in

diesem Punkt im Interesse der Wirtschaft und der privaten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer angepasst werden muss. Sonst verfällt der Kanton St. Gallen in eine jahrelange Entwicklungsblockade.

Die FDP wird die sich fortlaufend ergebenden Erfahrungen aus dem Vollzug des PBG sammeln und sich für eine rasche Anpassung einsetzen. Es ist sinnlos, ein neues Gesetzeswerk zu haben, dessen Werkzeuge während Jahren zahnlos bleiben.

Auch die Gemeinden sind nicht untätig geblieben. Sie haben ein Musterbaureglement entwickelt, das durch alle Gemeinden angewendet werden kann. Zudem bilden sie ihre Mitarbeitenden aus, welche das neue PBG vollziehen. Offen ist derzeit die Ausbildung von weiteren Akteuren wie Bauherren, Planern, Architekten und Rechtsanwendern. Hier ist das Baudepartement noch gefordert, Weiterbildungsveranstaltungen anzubieten.

Jungfreisinnige St. Gallen

Nein zu Planwirtschaft, Überregulierung und Denkverboten

Die Energiestrategie 2050 verfolgt hehre und unterstützenwerte Ziele, doch schlägt sie die falschen Massnahmen vor. Bei einer Annahme drohen Planwirtschaft, massive Bürokratie und Überregulierung sowie Denkverbote. Im Kanton St. Gallen haben sowohl die FDP als auch die Jungfreisinnigen mit klaren Mehrheiten die Nein-Parole für die Abstimmung vom 21. Mai gefasst.

Christoph Graf und Ramiz Ibrahimovic*

Die Energiestrategie des Bundes verfolgt drei Ziele: die Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau erneuerbarer Energien und den Ausstieg aus der Kernenergie. Viele würden diese Stossrichtung wohl unterstützen. Informiert man sich aber genauer über die vorgeschlagenen Massnahmen, so stehen einem die Haare zu Berge: Milliarden von Steuerfranken werden umverteilt, und was mit der Subventionswirtschaft nicht erreicht werden kann, wird mit Verboten erzwungen.

Nein zu Denkverboten

Ursprung der Energiestrategie war der Reaktorunfall in Japan und der in der Folge handstreichartig kommunizierte Ausstieg aus der Kernenergie. Dieser Entscheid soll nun mit einem ausdrücklichen Verbot neuer Kernkraftwerke zementiert werden. Dieses Verbot ist aber unsinnig und ein Innovationskiller. Unsinnig deshalb, weil



In St. Gallen sagen FDP und Jungfreisinnige Nein zur Energiestrategie 2050.

aufgrund der niedrigen Strompreise aktuell sowieso niemand ein Kernkraftwerk bauen würde. Innovationschädlich, weil durch das Verbot Forschung und Entwicklung in diesem Bereich unterbunden würden.

Nein zur Planwirtschaft

Das Energiegesetz basiert auf einer realitätsfernen Planungsgläubigkeit von Bundesrat und Parlament. Nicht die Bedürfnisse von Menschen und Unternehmen sollen im Zentrum ste-

hen – sondern, was die Verwaltung in Bern entscheidet. Gerade für die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Wirtschaft der Ostschweiz hätte diese Planwirtschaft nicht abschätzbare negative Folgen.

Nein zur Überregulierung

Aber auch jede und jeder Einzelne wird die Folgen einer Annahme der Vorlage zu spüren bekommen: Der Staat dringt dann tief und unkontrolliert in unsere Privatsphäre ein und schreibt uns vor, was wir zukünftig machen dürfen und was nicht. Mit einer liberalen Staatsordnung hat das gar nichts mehr zu tun.

Nein zur Abhängigkeit

Die Energiestrategie will nach dem Giesskannenprinzip Wasser-, Wind und Solarkraftwerke finanzieren. Damit sollen der verordnete Wegfall der Kernenergie kompensiert und die Abhängigkeit vom Ausland vermeintlich reduziert werden. Scheint die Sonne aber nicht oder fehlt der Wind, droht ein akuter Energiemangel – für dessen

Überbrückung keine Grosskraftwerke mehr zur Verfügung stehen. Was ist die Konsequenz? Entweder duschen wir kalt, kaufen Atomstrom in Frankreich oder importieren deutschen Kohlestrom. Das ist das Ende einer sicheren und sauberen Energieversorgung!

Nein zur Energiestrategie

Wieso vertrauen wir nicht auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger? Auf die Innovationskraft unserer Unternehmen? Auf die Anpassungsfähigkeit unserer Wirtschaft? Wieso vertrauen wir nicht auf die Kraft der Freiheit? Genau bei so hochkomplexen Fragen ist die Freiheit mit gleichzeitiger Verantwortung der beste «Regulator». Sie schafft tatsächlich Versorgungssicherheit, Innovation und Arbeitsplätze. Und zwar nachhaltig.

*Christoph Graf war bis 2016 Präsident der Jungfreisinnigen Kanton St. Gallen. Ramiz Ibrahimovic kandidiert für die Jungfreisinnigen um den letzten freien Sitz im Stadtrat von Rapperswil-Jona.

Neuer Standort für das FDP-Parteisekretariat

«Alles neu macht der Mai» – die erste Zeile des bekannten Volkslieds scheint dieses Jahr perfekt auf den St. Galler Freisinn gemünzt. Nach 18 Jahren am bisherigen Standort an der Harfenbergstrasse 2 wird die Geschäftsstelle am 15. Mai 2017 ihre neuen Räumlichkeiten an der Rorschacher Strasse 44 in St. Gallen – in unmittelbarer Nachbarschaft zum Baudepartement – beziehen. Der Um-

zug ist nötig geworden, weil die Kursana AG als Hauptmieterin der Liegenschaft am Spisertor ihren Sozialbereich auslagern möchte und zu diesem Zweck zusätzliche Mietflächen benötigt. Der Umstand, dass in St. Gallen derzeit eine vergleichsweise grosse Auswahl an freien Büroflächen besteht, stellte die Verantwortlichen anfangs vor die viel zitierte Qual



der Wahl. Die ausgesuchte Liegenschaft erfüllt die an eine Partei-Geschäftsstelle gestellten Erwartungen in nahezu idealer Weise und überzeugt in erster Linie durch ihre grosszügig dimensionierten Büros.

Bedingt durch die Umzugsarbeiten ist die St. Galler FDP vom 12. bis zum 16. Mai telefonisch nur eingeschränkt erreichbar. Wir danken fürs Verständnis. (as)

Wechsel auf der FDP-Geschäftsstelle

Adrian Schumacher verlässt die Geschäftsstelle der FDP des Kantons St. Gallen, welche er seit dem August 2010 leitet. Die FDP dankt ihm für die geleistete Arbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Adrian Schumacher will sich nach dem Abschluss des St.Galler Wahlzyklus einer neuen beruflichen Herausforderung widmen. Mit der frühzeitigen Bekanntgabe soll eine reibungslose Stabübergabe im FDP-Sekretariat sichergestellt werden, die auch genügend Zeit für die Einarbeitung der neuen Geschäftsführerin oder des neuen Geschäftsführers vor den kommenden Wahlen bietet. Die FDP des Kantons St. Gallen dankt Adrian Schumacher bereits heute für seine überdurchschnittliche Leistungs-



Adrian Schumacher

und Einsatzbereitschaft, die er in den vergangenen Jahren voll und ganz in den Dienst der Partei gestellt hat, und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute und viel Erfolg. Die Stelle des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin wird in den nächsten Tagen öffentlich ausgeschrieben.

Erfolgreiche Wahlkämpfe

In seiner Zeit als Geschäftsführer hat Adrian Schumacher eine Vielzahl an Projekten angestossen und betreut. Dazu zählen die erfolgreiche operati-

ve Führung mehrerer kantonaler Abstimmungskampagnen und die aktive Begleitung des Aktionsprogramms «Freisinn – Gemeisinn» der St. Galler Ortsparteien, das mittlerweile schweizweit Beachtung findet. Besondere Erwähnung verdient indes sein grosses Engagement im Rahmen der für die St. Galler FDP höchst erfreulich verlaufenen Gesamterneuerungswahlen der Jahre 2015 und 2016, wo Adrian Schumacher als Teil des Kernwahlstabs wesentlichen Anteil am Erfolg des St. Galler Freisinns hatte.

Freiheit kann man nicht kaufen – aber finanziell unterstützen!

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Freisinnige und Sympathisanten der FDP

Laufend stehen politische Entscheide an, die einen markanten Auftritt der FDP verlangen. Dabei wollen wir die Politik im Kanton St. Gallen aktiv mit freisinnigem, liberalem Gedankengut prägen. Politische Erfolge sind jedoch nicht nur durch beharrliche Arbeit zu erreichen, es bedarf auch entsprechender Finanzen. In der Schweiz erhalten die politischen Parteien bekanntlich keine staatlichen Gelder. Das ist auch richtig so. Um unsere Aufgaben trotzdem bestmöglich zu erfüllen, sind wir auf viele Freunde angewiesen, die unsere liberale, zukunfts- und lösungsorientierte Politik ideell und materiell unterstützen.

«Aktions-Batzen»

Wir danken Ihnen herzlich für Ihren finanziellen Beitrag und die damit bekundete Sympathie zum St. Galler Freisinn. Wir wollen handeln, bevor es andere tun!

Raphael Frei
Kantonalparteipräsident

Adrian Schumacher
Geschäftsführer/Parteisekretär

Mit freundlichen Grüssen
FDP.Die Liberalen Kanton St. Gallen

Der Einzahlungsschein über Fr. 35.– entspricht dem Betrag, der zum gewünschten Resultat führt, wenn alle Freisinnigen ihn benützen. Der zweite, leere Einzahlungsschein richtet sich an Mitglieder, die freiwillig mehr (oder allenfalls weniger) einzahlen möchten. Fehlende Einzahlungsscheine können beim FDP-Sekretariat (Telefon 071 222 45 45) bestellt werden.

FDP

Die Liberalen

Kantonaler Parteitag 2017

Freitag, 16. Juni 2017

Versuchsstollen Hagerbach, Polistrasse 1, 8893 Flums

Ablauf der Veranstaltung

16.45 Uhr	Eintreffen der Gäste für Hagerbach Stollenbesichtigung
17.00 Uhr	Stollenbesichtigung
18.15 Uhr	Eintreffen der Gäste für Parteitag
18.30 Uhr	Vorstellung Swiss Center of Applied Underground Technologies (SCAUT) durch Bruno Röthlisberger, Geschäftsführer www.scaut-association.com
19.00 Uhr	Parteitag
20.30 Uhr	Apéro / Abendessen (Selbstzahler)
22.00 Uhr	Ende der Veranstaltung



Datenschutzgesetz

Kein Swiss Finish im Datenschutz

Mit der Totalrevision des Datenschutzgesetzes (DSG) will der Bundesrat den aktuellen Entwicklungen in Gesellschaft und Wirtschaft Rechnung tragen. Das ist richtig und wichtig. Dennoch darf die Schweiz nicht in vorseilendem Gehorsam agieren: Ein Swiss Finish, wie es zurzeit der Gesetzesentwurf des Bundesrates vorsieht, ist absolut zu vermeiden.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Die Totalrevision des Datenschutzgesetzes ist die Antwort auf die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung, welche im Mai 2018 in Kraft tritt. Um den grenzüberschreitenden Datenverkehr zwischen der Schweiz und den EU-Mitgliedstaaten nicht zu erschweren und unnötige Hürden bei der Datenübermittlung zu vermeiden, soll die Schweiz ein mit der EU vergleichbares Datenschutzniveau aufweisen können. Ziel ist es, mit dem neuen DSG die Transparenz von Datenbearbeitungen zu verbessern und die Selbstbestimmung der Personen, über welche Daten gesammelt und bearbeitet werden (sog. betroffene Personen), zu stärken. Dass die Revision neue Regulierungen mit sich bringt, ist unausweichlich. Dennoch dürfen neue Vorschriften die Privatsphäre von Personen und Unternehmen nicht empfindlich tangieren und die Wirtschaftsfreiheit sowie Innovationsfähigkeit von Unternehmen nicht einschränken.

Meldepflicht auf ein Minimum begrenzen

Im aktuellen Gesetzesentwurf sehen wir uns mit diesen Gefahren konfrontiert, zumal der Bundesrat in vielen Bereichen einen Swiss Finish vorsieht. So fordert der Bundesrat eine breite Auslegung der Meldepflicht. Das bedeutet konkret, dass Unternehmen, welche eine Datensammlung angelegt haben und diese bearbeiten, neu viel mehr Informationen dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) und dem Konsumenten zu melden haben. Folglich werden Inhaber der Datensammlungen und der Datenschutzbeauftragte mit einer Flut von Informationen zu betroffenen Perso-



Ruedi Noser

nen überschwemmt. So wird insbesondere die Effizienz des Datenschutzbeauftragten reduziert, gegen Rechtsverstösse vorzugehen, und es entsteht ein substanzieller finanzieller Mehraufwand für betroffene Unternehmen und den EDÖB. Die EU

selbst sieht keine solch extensive Meldepflicht vor. Deshalb soll sie aus dem Gesetzestext entfernt werden.

Nur administrative Sanktionen

Auch sieht der Entwurf im Gegensatz zur EU-Richtlinie nebst administrati-

ven auch persönliche strafrechtliche Sanktionen vor. Somit soll das Sanktionssystem erheblich verschärft werden. Neu soll jeder Datenschutzverstoss dem EDÖB gemeldet werden, und es sollen sogar fahrlässige Verstösse sanktioniert werden. Das vorgesehene Sanktionssystem führt zu einer Kriminalisierung von Personen in den datenbearbeitenden Unternehmen, anstatt fehlbare wirtschaftlich verantwortliche Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen. Dies geht weit über die EU-Verordnung hinaus und ist unverhältnismässig. Gleichzeitig würde der Aufwand von richterlichen Behörden in den Kantonen massiv steigen, zumal Datenschutzjuristen angestellt werden müssten. Letztlich würden international tätige Grossunternehmen bevorteilt, zumal die Verfolgung und Vollstreckung von im Ausland ansässigen Unternehmen faktisch nicht möglich und rechtlich schwierig sein wird. Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit und administrative Aufwendungen müssen deshalb auf das absolute Notwendige reduziert werden.

Übermächtiger Datenschutzbeauftragter?

Der Datenschutzbeauftragte erfüllt eine rechtsstaatlich wichtige Funktion, und es ist richtig, dessen Mittel zu erhöhen, damit er in einer digitalisierten Welt seine Aufgabe angemessen wahrnehmen kann. Der Gesetzesentwurf jedoch sieht eine substanzielle Ausweitung der Kompetenzen des EDÖB vor. Wir riskieren, eine Institution mit quasi-gesetzgebenden und gerichtlichen Kompetenzen zu schaffen. Dies ist rechtsstaatlich bedenklich und kann zu einer übermässigen Ansammlung von Kompetenzen einer Verwaltungseinheit führen.

GV von Radigal

Ein Jahr im Zeichen des Wachstums

Nach der Neuaufstellung letztes Jahr liegt der Fokus 2017 für Radigal auf Vernetzung, Verankerung und Wachstum. Die Generalversammlung im März stand in diesem Zeichen und brachte sogar eine Premiere in jüngerer Zeit mit sich.

Raphael Scherer,
Vorstandsmitglied Radigal

Nachdem sich Radigal 2016 mit einem frischen Vorstand und verstärkter Präsenz neu aufgestellt hat, soll 2017 ein wichtiges Jahr der Verbreiterung werden. Das wurde deutlich an der ordentlichen GV, welche Mitte März in Zürich abgehalten wurde. Augenfälliges Zeichen war die in diesem Jahr viel grössere Anzahl Mitglieder, die sich dazu eingefunden hatten. Während der formale Rahmen im Zentrum Karl der Grosse noch der gleiche blieb, änderten sich jedoch die Themen, die eingebracht und diskutiert wurden.

Einem Beobachter wäre wohl zunächst einmal die Präsenz einer Frau in der sonst männlichen Runde aufgefallen. Obwohl Radigal beiden Geschlechtern und allen sexuellen Orientierungen offensteht, waren die Herren in jüngerer Zeit unter sich. Das soll sich zukünftig ändern, und der Vorstand freut sich über die Wahl von Mentari Baumann. Die bestens vernetzte Bernerin wird künftig dafür verantwortlich sein, Radigal beim weiblichen Geschlecht besser zu positionieren. Bei dieser Verstärkung soll es jedoch nicht bleiben – bei Radigal als Verein und Think-Tank sind alle Frauen, die sich für die Sache der Gleichberechtigung einbringen wollen, herzlich willkommen.

Auch eine andere, geografische Lücke galt es an der GV zu füllen. Während alle Vorstands- und der Grossteil der ordentlichen Vereinsmitglieder aus der deutschsprachigen Schweiz stammen, ist der Verein in der Romandie praktisch inexistent und auch kaum bekannt. Eine entsprechende Sektion soll nun ins Leben gerufen werden. Nach ersten Sondierungen wird im Verlauf des Jahres eine Informationsveranstaltung durchgeführt und die regionale Verankerung voran-



Raphael Scherer

getrieben werden. Michele Barone von den Jungfreisinnigen Neuenburg hat sich bereit erklärt, hier eine aktive Rolle einzunehmen.

Bei Speis und Trank wurde der

Abend schliesslich gemeinsam beschlossen. Mehrere Generationen von Radigal-Mitgliedern waren zur GV erschienen, und besonders interessant war der historische Kontext, in wel-

chen die anwesenden Gründungsmitglieder aktuelle Entwicklungen stellen konnten. Eine solche Rückbesinnung inspiriert Zukünftiges. Angeregte und ausführliche Diskussionen wiederum schlossen unterschiedlichste Themen mit ein, unter anderem die ideologische Verortung innerhalb des Freisinns. Hier sollen die Dinge dieses Jahr ebenfalls Form annehmen.

So geht Radigal nicht nur in seinen Strukturen gestärkt und mit vielerlei Zielen aus dieser GV ins 2017, sondern auch mit einer neu motivierten Basis und einem bestens vernetzten Führungsteam. Nach der Neuaufstellung im 2016 geht es nun im laufenden Jahr darum, den Verein weiter zu vernetzen und wachsen zu lassen. Primäres Ziel bleibt weiterhin die Gleichstellung homosexueller Paare im Eherecht. Auch die Selbstbestimmungsinitiative wird ein Thema sein, in welchem wir eine Bedrohung garantierter Freiheitsrechte erkennen. Auch dieses Jahr soll wieder ein Social-Event stattfinden. Der letztjährige, in Luzern organisierte, fand grossen Anklang. Jede Organisation lebt von einer motivierten und in die Vereinsarbeit integrierten Basis. An der GV war diesbezüglich grosses Interesse zu spüren. Solch aktives Engagement kann in der Vernetzung mit anderen parteiinternen und -externen Organisationen geschehen, oder auch in der Erarbeitung erster Positionspapiere. Radigal versteht sich als Think-Tank und Kompetenzzentrum der FDP für die Sache der Gleichberechtigung, und das erlaubt vielfältige Formen des Engagements.

Trotz letztjährigen Erfolgen mit der Stiefkindadoption und dem Schiffbruch der CVP-Familieninitiative wehen politisch im Moment stärkere Winde als der unsrige durch das Bundeshaus. Die Zeichen stehen für Radigal deshalb im laufenden Jahr auf Wachstum und interner Vernetzung.

Am 2. September in Auvernier bei Neuchâtel

Kommen Sie an den Tag der FDP!

Bereits zum dritten Mal lädt die FDP alle Mitglieder, Sympathisanten und Interessierte mitsamt ihren Familien an den Tag der FDP ein. Die FDP freut sich, Sie am Samstag, 2. September 2017, in Auvernier zu begrüssen. Reservieren Sie sich das Datum schon jetzt!

Die ersten beiden Tage der FDP in Zug 2014 und im Wahljahr 2015 in Sursee sind allen Beteiligten noch in guter Erinnerung. Es waren tolle Feste mit einem attraktiven Programm für die ganze Familie. In diesem Jahr nun findet der erste Tag der FDP in der Romandie statt. Kommen Sie am Samstag, 2. September, nach Auvernier!



Ausgelassene Stimmung ist Programm.



Die Teilnehmenden genossen in Sursee ein Volksfest.

Ein Fest am See

Direkt am Seeufer gelegen, wartet der Tag der FDP 2017 nicht nur mit einer wunderschönen Szenerie auf Sie. Auch das Programm wird einige Überraschungen bereithalten. Unterhaltung für Gross und Klein wird ebenso geboten wie ein abwechslungsreiches kulinarisches Angebot. Zudem

bietet sich die Gelegenheit, Gleichgesinnte aus der ganzen Schweiz zu treffen und sich auszutauschen.

Auvernier ist eine kleine, aber geschichtsträchtige Gemeinde am Neuenburgersee, nur wenige Fahrminuten ausserhalb von Neuchâtel. Das Festgelände ist bequem mit einem

Tram ab Neuchâtel zu erreichen, ebenso stehen genügend Parkplätze zur Verfügung. Wer schon die Anreise zum Erlebnis machen will, nimmt das Kursschiff direkt zum Festgelände.

Die Einladung folgt bald

Lassen Sie sich diesen besonderen An-

lass nicht entgehen und reservieren Sie sich den 2. September bereits jetzt in Ihrer Agenda. Die offizielle Einladung folgt in den nächsten Wochen. Auf unserer Website www.fdp.ch werden laufend die aktuellsten Informationen zum Tag der FDP bereitgehalten. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

FDP.Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Aargau

Petra Gössi zog mehr als die Fasnacht

Fasnacht hin oder her: Am Schmutzigen Donnerstag gaben die Seniorinnen und Senioren der FDP.Die Liberalen Aargau der Politik den Vorzug. Sie beehrten FDP-Präsidentin Petra Gössi im Aarauer «Schützen» mit einem Grossaufmarsch.

Hans-Peter Widmer, Hausen AG

In dreiviertelstündiger freier Rede machte Petra Gössi eine aussen- und innenpolitische Auslegeordnung. An der direkten Begegnung freuten sich beide Seiten: Die Seniorinnen und Senioren beeindruckte die dossierfeste FDP-Chefin, während diese den Kontakt mit einer aufgeweckten Parteilbasis sichtlich genoss.



Petra Gössi kam bei den Aargauer FDP-Senioren gut an. BILD: OSKAR MÖRIKOFER

Nicht in Nervosität verfallen

Bevor sie das politische Umfeld und die Herausforderungen für die Schweiz beleuchtete, gab Petra Gössi Einblick in die persönliche Sphäre und ihre Überzeugung, dass Politik, Wirtschaft

und Bevölkerung gemeinsam für das Wohl des Landes verantwortlich sind: «In der Schweiz muss man sich aufeinander zu bewegen, wenn man Lösungen will», betonte sie.

Unser Land sollte bei den gegenwärtigen aussenpolitischen Unwägbarkeiten nicht in Nervosität und Hektik verfallen, sondern die Entwicklungen achtsam analysieren und antizipieren. Durch Englands Austritt werde sich das Verhältnis der EU zu Drittstaaten ändern. Diskussionen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit Brüssel halte sie zurzeit für überflüssig.

Innenpolitische «Minenfelder»

Auf innenpolitischem Terrain ging die Parteipräsidentin auf anstehende Initiativen ein. Die Rasa-Initiative lehne die FDP ab. Die von der Auns angekündigte Kündigungsinitiative werde

zur Stunde der Wahrheit über die bilateralen Verträge. Und die von der SVP angestossene Selbstbestimmungsinitiative mit ihrem verfänglichen Titel schränke das eigene Bundesgericht ein.

Bei der Reform der Altersvorsorge habe ein nicht finanzierbarer Leistungsausbau keinen Platz. Dagegen müsse einer neuen Vorlage nach der gescheiterten Unternehmenssteuerreform III eine umfassendere Aufklärung vorangehen. In der lebhaften Diskussion wurden die Polarisierungstendenzen und die Position der FDP, die Rentenreform, die Energiestrategie sowie das Verhältnis Politik-Wirtschaft erörtert.

Initiative «No Billag»

«No Billag» ne doit pas être une attaque contre la cohésion de la Suisse

Lors de la dernière session parlementaire, les chambres fédérales ont largement rejeté l'initiative «No Billag». Le conseiller national vaudois Frédéric Borloz démontre pourquoi cette initiative est dangereuse et pourquoi il est important de maintenir ces médias nationaux.

Frédéric Borloz,
président du PLR Vaud,
conseiller national

Tout le monde, tous les partis ont eu un jour quelque chose à reprocher aux médias, aussi bien à gauche qu'à droite: angles jugés subjectifs, impression de couverture asymétrique, partis pris, etc. C'est de bonne guerre et consubstantiel au jeu politique. De là à s'appuyer sur ces raisons pour soutenir l'initiative «No Billag», il n'y a qu'un pas que certains franchissent allègrement. Pourtant, les citoyens méritent mieux qu'un règlement de compte pour seuls arguments de campagne. Voter avec le ventre n'est pas souvent de bon augure.

Rappelons-le: cette initiative vise à supprimer la perception par l'Etat d'une taxe pour permettre une diffusion radiophonique et télévisuelle nationale, de qualité – précisons-le –, sur l'ensemble du territoire et couvrant toutes les régions linguistiques. Presque du jour au lendemain un oui à cette initiative supprimerait ce que certains appellent «médias d'Etat». Dans ce sujet, se mêle ras-le-bol d'une taxe, ras-le-bol de Billag – à qui la Confédération vient de retirer la concession –, et volonté (ultra-)libérale de ne pas privilégier des médias et de laisser le marché jouer sa logique.

Qu'advierait-il sans chaînes ou stations d'utilité publique? Pensez-vous que des chaînes privées feraient leur place au soleil dans des bassins de population aussi restreints? Bien au contraire! Nos chaînes privées régionales survivent également aujourd'hui, et en grande partie, grâce à la redevance. Ce sont bel et bien les médias étrangers qui pourraient alors bénéficier du vide et profiter des parts



Frédéric Borloz

de marché. Ces chaînes se soucieraient-elles des spécificités suisses, de ses débats politiques, des différentes cultures? On en doute.

Un modèle qui couvre l'ensemble de notre pays

Le modèle en place aujourd'hui, quoi que l'on en dise, permet à moindre frais, de développer une couverture large et propre à notre pays. Imaginé à la Suisse, ce système permet en outre de faire privilégier les minorités d'une manne proportionnellement plus importante que leur taille. Plus de 30 pour cent de la redevance revient à la Suisse romande alors qu'elle ne représente que 20% du pays. C'est donc bien au ciment de la Suisse que l'on s'attaque avec cette initiative, à sa cohésion. Mais surtout à son histoire et comment on la raconte. Mise en parallèle avec la crise que connaît la presse écrite dans notre région, on mesure l'importance de maintenir ces médias nationaux.

Venir sur le mode paiement pour trouver une solution est illusoire. A nouveau, pensez-vous que nous allons déboursier une somme pour regarder une émission politique? Dans notre pays qui vote tous les trois mois, cet exemple est parlant et même important. Le peu de spectateurs qui regardent cette émission en provoquerait la mort car pas assez rentable. Aujourd'hui, la télévision doit offrir des séries (qui ne coûtent pas si cher) pour garder ses spectateurs, ou du sport. Cela lui permet aussi d'offrir toutes sortes de reportages et d'informations en contrepartie.

Les débats vont prochainement s'animer et il s'agira de garder la tête froide. De ne pas vouloir faire payer des comptes, sous prétexte de rancœur. Le véritable enjeu est bel et bien national. La Suisse, sa complexité et ses régions ont besoin d'une télévision nationale, même si elle émet dans plusieurs langues.

Attraktivität Militär

Die Milizarmee muss attraktiver werden!

Das Militär ist Zeichen des gelebten Gemeinsinns in der Schweiz. Dem zugrunde liegt der Milizgedanke, welcher die enge Verbindung zwischen Gesellschaft und Armee sichert und den nationalen Zusammenhalt stärkt. Die Basis jedoch erodiert: Der Armee kommen immer mehr Aktive abhanden. Es müssen neue Modelle erdacht werden, um den Militärdienst attraktiver zu gestalten.

Marcel Dobler, Nationalrat SG

Die Absolvierung der Dienstpflicht ist in der heutigen individualisierten Welt keine Selbstverständlichkeit mehr. Wir kommen nicht umhin, neue Dienstmodelle zu prüfen, welche den geänderten Rahmenbedingungen in Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung tragen. In dem von mir initiierten Postulat der Sicherheitskommission des Nationalrates «Den Militärdienst attraktiver machen. Bericht», fordere ich den Bundesrat explizit dazu auf, Massnahmen zu prüfen, um die Attraktivität der Armee zu steigern. Der Nationalrat hat das Postulat im März dieses Jahres erfreulicherweise an den Bundesrat überwiesen.

Der Zivildienst boomt

Wir stellen fest, dass immer mehr Wehrpflichtige während oder nach dem Abschluss der Rekrutenschule in den Zivildienst wechseln. Besorgniserregend ist unter anderem der Abgang höherer Unteroffiziere und von Offizieren nach langer Ausbildung. Um diesem Trend entgegenzusteuern, gilt es einerseits, den Übertritt in den Zivildienst zu erschweren. Wer heute Zivildienst leisten will, muss Faktor 1,5 mehr Dienstage absolvieren als ein Militärdienstleistender. Bei Armeekadern sinkt der Faktor schrittweise von 1,5 bis auf 1,1. Es ist zu prüfen, ob der Faktor konstant 1,5 betragen soll. Weiter wäre es durchaus vorstellbar, dass bei einem Übertritt vom Militärdienst in den Zivildienst die bereits geleisteten Dienstage nur noch zur Hälfte angerechnet werden.

Den Militärdienst attraktiver gestalten

Andererseits gilt es, Anreize und Bedingungen zu schaffen, damit aktives



Marcel Dobler

Personal auch künftig der Armee erhalten bleibt. In einem Postulat fordere ich deshalb, dass die Schweizer Armee ihr Technologie-Know-how fördert und sichert sowie die Zusammenarbeit zwischen der Armee und den Bildungsinstituten weiterentwickelt wird. So sollen künftig Maschinenbauingenieure Drohnen für die Luftaufklärung weiterentwickeln und Informatiker den Cyberraum oder die Militärverschlüsselung sicherer ge-

stalten. Vorstellbar wäre eine engere Zusammenarbeit mit Hochschulen, sodass Praktika oder Doktorarbeiten als Dienstage angerechnet werden. So würde nicht nur unsere Armee wertvolles Know-how dazugewinnen, sondern die militärische Ausbildung würde sich auch nach der steigenden Nachfrage des Arbeitsmarktes nach Personen mit digitalen Kompetenzen ausrichten und somit attraktiver werden.

In diesem Kontext ist die differenzierte Tauglichkeit ein interessantes Konzept. Personen mit gewissen körperlichen Einschränkungen könnten unterstützende Aufgaben wahrnehmen, welche keine gute sportliche Leistungsfähigkeit erfordern oder waffenlos getätigt werden können. Diese Rekruten könnten sich für Aufgaben eignen, welchen ihren fachlichen Qualifikationen entsprechen. Folglich sind sie nicht per se als untauglich einzustufen, wenn sie Dienst leisten wollen. In diesem Zusammenhang gilt es, in der Armee Raum für Innovation zu schaffen. So könnten beispielsweise Informatiker eine Software programmieren, um administrative Prozesse zu vereinfachen, die schliesslich von allen verwendet werden könnte.

Auch fordere ich, dass die Anerkennung der Militärausbildungen überprüft wird. Es kann nicht sein, dass ein Arzt seinen Zivildienst vollständig als Praktikum anrechnen kann, den Militärdienst aber nicht. Aus wirtschaftlicher Perspektive hat ein Arzt kein Interesse, Militärdienst zu leisten. Es geht insbesondere darum, die Weiterbildungsmöglichkeiten im Militär mit jenen im Zivildienst gleichzusetzen, um Fehlanreize zu beseitigen.

Eine Cyber-Rekrutenschule?

Zwei Tage nach Einreichung des Postulats kommunizierte Bundesrat Guy Parmelin die Idee einer «Cyber-RS». Ziel soll es sein, die eigenen kritischen Infrastrukturen gegen Cyberkriminalität zu schützen und im Militär der fortschreitenden Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Rechnung zu tragen. Dieser Vorstoss ist zu begrüssen, ist aber nur eine von vielen Möglichkeiten, welche geprüft werden müssen.

Liberaler Werte verteidigen

Unsichere Zeiten

Liberaler Werte und Überzeugungen geben besonders in unsicheren Zeiten Halt und Orientierung. Ich suche in diesem Beitrag nach den Unterschieden national-konservativer und liberal-freiheitlicher Politik.

Christian Marti,
Gemeindepräsident Glarus und
Landrat FDP. Die Liberalen

Sicher geglaubte Gewohnheiten geraten weltweit ins Wanken: Die neue Administration im Weissen Haus experimentiert mit uramerikanischen Freiheitswerten, Nordkoreas Machthaber testet Rakete um Rakete, verschiedene Staaten im mittleren Osten zerfallen im Bürgerkrieg und die Türkei scheint sich in Richtung Diktatur zu verabschieden. In Europa geht das vereinigte Königreich den Brexit-Weg, während in unserem östlichen Nachbarland ein rechtspopulistischer «Freiheitlicher» fast zum Staatspräsidenten gewählt wurde. In Frankreich



Christian Marti

setzt eine ebenso rechtskonservative Frontistin zum Sprung ins Élysée an, und in Deutschland bangt die Union um ihren Führungsanspruch in der Regierungskoalition.

Aus liberaler Sicht bereitet die aktuelle Weltlage und insbesondere die

Situation in Europa Sorge. Allen Entwicklungen ist gemeinsam, dass nationalkonservative Werte und Persönlichkeiten die politische Diskussion prägen. Was bieten diese Führungspersonen den Menschen an: Existenzangst, Abschottung, Wut oder gar Hass, den Glanz vergangener Tage, Abgrenzung, ab und zu gemischt mit Fremdenfeindlichkeit. Kurz: National-konservative Führungspersonen bauen auf negative Verlustängste der Menschen.

Dass sich Menschen auf diese Art und Weise mobilisieren und politisieren lassen, zeigt die Geschichte beängstigend deutlich auf und ist aufgrund der menschlichen Missstände auf unserer Welt auf den ersten Blick nachvollziehbar. Vereinbar mit einer

offenen Gesellschaft ist das jedoch nicht.

Wie antworten Liberale auf diese Entwicklung? Sie betonen das Verbindende, nicht das Trennende. Liberale Führungspersonen argumentieren mit konkret notwendigen Verbesserungsmaßnahmen gegen reale Probleme. Lösungen für Menschen und Staaten brauchen eine optimistisch-positive Grundhaltung, welche die Freiheit und die Stärken des Individuums ins Zentrum stellt. Wir Liberalen glauben an die Menschen, ihre positiv gestaltende Kraft und die Kraft der freiheitlichen Demokratie. Freiheit und Verantwortung sind wichtiger denn je. Und das Schönste daran: Liberale sind echte Patrioten. Aus Liebe zur Schweiz.

Neuer Präsident FDP Aargau

Herzlichen Glückwunsch, Lukas Pfisterer!

Die FDP Aargau hat einen neuen Präsidenten: Lukas Pfisterer, Grossrat und Rechtsanwalt aus Aarau, folgt auf Matthias Samuel Jauslin, der das Amt nach dreieinhalb Jahren abgegeben hat. Der Aargauer Parteitag verabschiedete Jauslin am 6. April in Wohlen und wählte Pfisterer einstimmig und mit grossem Applaus.

Kaspar Schoch,
Geschäftsführer FDP Aargau

Er habe nicht schlecht gestaunt, als er bereits am Morgen in der «Aargauer Zeitung» lesen konnte, wen er am selben Abend an die Spitze der FDP Aargau gewählt haben wird, eröffnete Tagespräsident Ernst Kistler das Traktandum «Wahl eines neuen Parteipräsidenten» am Parteitag vom 6. April im bis auf den letzten Platz besetzten Chapelehof in Wohlen. Doch so selbstverständlich das Aargauer Leitmedium im Porträt von Lukas Pfisterer dessen erfolgreiche Wahl vorwegnahm, so unbestritten wurde er von den Aargauer Freisinnigen tatsächlich zum Parteipräsidenten ernannt: einstimmig und mit tosendem Applaus.



FDP Aargau wählt Lukas Pfisterer zum neuen Präsidenten ...

Seit bald 25 Jahren politisiert der 43-jährige Rechtsanwalt für die FDP, war Präsident der Jungfreisinnigen Aargau, Einwohnerrat, ab 2006 dann Stadtrat und ab 2013 Grossrat. «Die FDP ist keine elitäre Partei mit einseitigem Fokus. Glaubwürdig sind wir, weil wir für den starken Wirtschaftsstandort eintreten. Wir sind auch eine



... und schickt Matthias Samuel Jauslin auf den Relax-Sessel.

Partei, die den Menschen ins Zentrum stellt, für soziale Sicherheit und Gesundheit kämpft und mit Natur und Umwelt verantwortungsvoll umgeht», brachte Pfisterer sein liberales Verständnis auf den Punkt.

Matthias Samuel Jauslin hatte seinen Rücktritt im letzten Dezember angekündigt mit der Begründung, dass er

sich inskünftig noch intensiver auf sein Nationalratsmandat konzentrieren möchte. Ausserdem ermögliche ein Rücktritt zu diesem Zeitpunkt seinem Nachfolger, sich mit genügend Anlaufzeit auf die Wahlen 2019 vorzubereiten. «Mut zur Lücke», definierte Jauslin damals nach seiner Wahl im Oktober 2013 das Motto seiner Präsidentschaft. Rückblickend war sein Engagement für die FDP Aargau aber ziemlich lückenlos: vorausschauend, gewissenhaft, allgegenwärtig. Jauslin hat die Partei vorwärtsgebracht. Die Aargauer Freisinnigen bedankten sich mit stehenden Ovationen und einem bequemen Relax-Sessel, den Jauslin sofort in Beschlag nahm: Durch den Rest des Programms führte er entspannt in bequemer Sitzposition.

Positive Bilanz

Der Aufwärtstrend hält an

In mehreren Kantonen standen in diesem Frühjahr kantonale Gesamterneuerungswahlen an. Insgesamt bleibt die Bilanz für FDP. Die Liberalen dabei positiv.

Im Frühjahr 2017 waren die Bevölkerungen der Kantone Solothurn, Wallis, Neuenburg und Waadt dazu aufgerufen, ihre Exekutive und Legislative neu zu bestimmen. Zudem stand in Appenzell Ausserrhoden eine Ersatzwahl im Regierungsrat an. Die FDP trat in allen Kantonen an und durfte sich berechnete Hoffnungen auf Sitzgewinne machen.

Viele Köpfe für einen Sitz

Für den freiwerdenden Sitz der FDP-Regierungsrätin Mariann Koller-Bohl in der Regierung von Appenzell Ausserrhoden bewarben sich gleich vier Kandidierende. Im ersten Wahlgang konnte niemand das absolute Mehr auf sich vereinen. Der Kandidat der FDP, Dölf Biasotto, erzielte jedoch das beste Resultat. Diese gute Ausgangslage wusste der 55-jährige Bauingenieur der ETH Zürich aus Urnäsch zu nutzen. Im zweiten Wahlgang liess Dölf Biasotto seine Konkurrenz deutlich hinter sich und wurde mit einem überzeugenden Resultat zum neuen Regierungsrat gewählt.

Überraschung im Wallis

Dass das Wallis immer gut für Überraschungen ist, zeigte sich auch bei den Gesamterneuerungswahlen Anfang März. Während die Parlamentswahlen für die FDP mit einem Verlust von 2 Sitzen im Grosse Rat unerfreulich verliefen, schaffte mit Frédéric Favre der FDP-Kandidat überraschend den Einzug in den Staatsrat auf Kosten der SVP.

Dem Linksrutsch getrotzt

Auch die Solothurner Bevölkerung war aufgefordert, ihre Exekutive und Legislative neu zu bestimmen. Dabei kam es im Parlament zu einem Linksrutsch, dem die FDP dank einem überzeugenden und engagierten Wahlkampf mit glaubwürdigen und vielseitigen Kandidaten trotzen konnte.



Dölf Biasotto hat erfolgreich den Sprung in den Regierungsrat geschafft.

Mit unverändert 26 Sitzen im Parlament ist die FDP immer noch die grösste Fraktion.

Den Beweis für seine gute Arbeit im Regierungsrat erhielt Remo Ankli mit dem besten Resultat im ersten Wahlgang. Marianne Meister, die antrat, um den Sitz der zurückgetretenen FDP-Regierungsrätin Esther Gassler zu verteidigen, schlug sich trotz diverser Angriffe von allen Seiten wacker. Im zweiten Wahlgang fehlte es ihr aber leider an der Unterstützung des bürgerlichen Lagers, und so musste sich die FDP Solothurn leider den Verlust ihres zweiten Regierungsratsmandats eingestehen.

Plus 8 Sitze in Neuenburg

Am 2. April erhielt die FDP Neuenburg ihren verdienten Lohn für einen engagierten und vielseitigen Wahlkampf. Gleich 8 neue Sitze im kantonalen Parlament konnte sie für sich verbuchen.

Damit hat sie ihren Vorsprung als stärkste Fraktion deutlich ausgebaut. Das Resultat zeigt, dass die FDP in Neuenburg überzeugende Arbeit leistet und der intensive Kontakt mit der Bevölkerung zum Erfolg führt.

Von den 11 Regierungsratskandidaten erreichte im ersten Wahlgang keiner das absolute Mehr. Während die beiden bisherigen Regierungsräte der FDP mit dem zweit- und drittbesten Resultat abschlossen, erreichte die neu antretende Isabel Weber als Sechste mit nur rund 5000 Stimmen Abstand zu Platz fünf ein sehr gutes Ergebnis. Sie entschloss sich jedoch, nicht zum zweiten Wahlgang anzutreten. Da sich auch die anderen Kandidierenden zurückzogen, sind die bisherigen fünf Regierungsräte in stiller Wahl gewählt.

2. Wahlgänge und Wahlen in der Waadt

Nach Redaktionsschluss dieses «Frei-

sinns» wird sich im Kanton Waadt zeigen, ob die Trends dieses Frühjahres – Sitzgewinne für die FDP, Verluste für die SVP und tendenzielle Zunahme für links – anhalten werden.

Verdienter Lohn

Die Resultate sind Ausdruck der hervorragenden Basisarbeit und Politik, welche in den Kantonalparteien in den letzten Jahren geleistet wurde. Mit neuen Ideen, viel Engagement, Kreativität und Hartnäckigkeit setzen sich die Kantonalparteien für die liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt ein. Dass sie damit überzeugen und die Bevölkerung die weitsichtige und pragmatische Arbeit der FDP-Vertretungen schätzt, spiegelt sich in den Resultaten.

Diesen Schwung gilt es nun weiterzutragen und bis zu den nationalen Wahlen 2019 auszubauen.

Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben

E-Government – es geht vorwärts, wenn auch «yavaş yavaş»

Seit einigen Jahren lebe ich in der Türkei und habe hier bald das türkische Alltagsmotto «yavaş yavaş» kennengelernt, also in etwa «nur schön langsam, allmählich, Schritt für Schritt». «Yavaş yavaş» geht es auch vorwärts mit den Bestrebungen Richtung E-Government in der Schweiz.

Helen Freiermuth,
Vorstandsmitglied
FDP.Die Liberalen International

Das Positionspapier «Chancen der Digitalisierung», welches die FDP-Delegierten im November 2016 verabschiedet haben, befasst sich mit der Digitalisierung der Wirtschaft, des Wissens, der Infrastruktur und, eben auch, der Verwaltung. Dank E-Government, also der elektronischen Abwicklung von Geschäften mit der Verwaltung, sollen die Gänge zu den Behörden auf ein Minimum reduziert werden. Das ist auch eine zentrale Forderung der FDP International, wie sie in ihrem Bericht zur Umfrage über die konsularischen Dienstleistungen von 2015 festhält. Konkret: Online-Dienstleistungen müssen ausgebaut werden.

Erfreuliche Entwicklungen für Auslandschweizer – der EDA-Online-Schalter

Nachdem beim EDA bereits vor einigen Jahren der «Guichet unique» für Anliegen der Auslandschweizer als One-Stop-Shop eingeführt wurde und seit 2012 die 24-h-Helpline in Betrieb ist (wir berichteten an dieser Stelle), gibt es neu auch den EDA-Online-Schalter unter www.eda.admin.ch.

Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer haben am Online-Schalter die Möglichkeit, konsularische Dienstleistungen wie zum Beispiel die Anmeldung ins Auslandschweizerregister, Änderungen des Zivilstands, Adressänderungen und Weiteres vorzunehmen. Dieses Angebot ist neu und ergänzt die bereits seit längerem bestehenden Online-Schalter für Ausweisbestellungen (www.schweizerpass.ch) sowie die Einrei-



Helen Freiermuth

chung von Gesuchen für Visa (www.swiss-visa.ch). Die Registrierung läuft entweder per Anmeldung mit Username/Password oder per Anmeldung mit SuisseID.

Jürg Burri, Vorsteher der Konsularischen Direktion beim EDA, sagt

dazu: «Bis Mitte Februar konnten wir über 2500 Schalter-Kunden registrieren. Nachdem der Schalter anfänglich noch limitierte Optionen, z. B. bei den Bezahlungsmöglichkeiten, aufwies, ist er nun operationell, und wir werden ihn zunehmend aktiv bewerben.

Neben den 90 Konsularabteilungen, den 51 Einsatzorten der mobilen Passstation und den kantonalen Passämtern haben wir nun ausgebaute Internet-Dienstleistungen für unsere stetig wachsende Auslandschweizer-Gemeinschaft.»

E-ID, E-Signature

Um die bestehenden und hoffentlich bald kommenden digitalen Anwendungen zu nutzen, ist eine sichere und zuverlässige elektronische ID und Unterschrift unabdingbar. Dass der Bundesrat nun, vor allem auf Druck der FDP, zur flächendeckenden Einführung und Implementierung eines zukunftsweisenden Systems den gesetzlichen Rahmen definieren will, begrüßen und unterstützen wir. «Yavaş yavaş» könnten so E-Government, aber auch E-Commerce, in Gang kommen.

Und E-Voting?

Bereits 2012 habe ich in einem «Freisinn»-Beitrag E-Voting als Dauerbrenner auf der Forderungsliste der FDP International bezeichnet. E-Voting würde die Teilnahme bei Wahlen und Abstimmungen für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer massiv erleichtern, in vielen Fällen gar erst ermöglichen. E-Voting wäre aber auch schlicht ein Zeugnis einer modernen und digitalisierten Schweiz. Es ist an der Zeit, endlich in allen Kantonen die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, beim Seilziehen um das richtige System das Vertrauen der Bevölkerung nicht unnötig aufs Spiel zu setzen und die Einführung von E-Voting unter Berücksichtigung der kantonalen Hoheit in Abstimmungsangelegenheiten zügig voranzutreiben – aus Liebe zur Schweiz!

Kongress

Erfolgreicher Kongress der Jungfreisinnigen

Vom 31. März bis 2. April fand in Lausanne der Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz statt. Unter dem Motto «Öffnung anstelle von Abschottung» diskutierten fast 200 Jungfreisinnige aus dem ganzen Land über die Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa, das neue Energiegesetz oder die Digitalisierung. Zudem wurden Jill Nussbaumer (ZG) und Louise Morand (GE) neu in den Vorstand gewählt.

Maja Freiermuth, Generalsekretärin Jungfreisinnige

«Lasst uns offen sein gegenüber den Herausforderungen und Aufgaben, die auf uns zukommen, und lasst uns zusammen das Beste daraus machen. Das Beste für uns, die Jungfreisinnigen, die freisinnige Familie und die FDP. Denn ohne uns fehlt dem Freisinn seine Ausbildungsstätte und liberale Speerspitze und vielen von uns ein zweites Zuhause.» Dieses Statement findet man in der Ansprache des Präsidenten der Jungfreisinnigen, Andri Silberschmidt, an die anwesenden Jungfreisinnigen am diesjährigen Kongress. Kurz zuvor hatte Rasoul Jalali (General Manager Uber CH/AU/DE) sein Wort an die Anwesenden gerichtet und einige dieser Herausforderungen im Hinblick auf die Veränderungen im urbanen Verkehr erläutert. Offenheit spielt bei Themen wie Veränderung oder Digitalisierung eine grosse Rolle. Die Politik muss Grundlagen schaffen, um fortschrittlichen Prozessen den Weg zu ebnet und Rahmenbedingungen setzen, welche den Fortschritt nicht einschränken, sondern weiter bestärken. Dafür stehen die Jungfreisinnigen Schweiz ein.

Am Samstagnachmittag wurden verschiedene Aspekte des Mottos «Öffnung anstelle von Abschottung» in mehreren Workshops beleuchtet. Mit Olivier Feller (Nationalrat FDP VD) wurde über den Umgang einer liberalen Partei mit Populismus diskutiert. Stefan Schlegel (Jurist und Forscher am Max-Planck-Institut in Göttingen) präsentierte seine Ansichten zur Beziehung zwischen Migration und Freihandel. Zudem wurde mit Michele Barone (Vizepräsident Jungfreisinnige Schweiz) nach liberalen Lö-



Maja Freiermuth

sungen im Rahmen der Gleichstellungsthematik gesucht. Die verschiedenen Themen und Referenten boten den Teilnehmenden Diskussionspielraum und interessante Denkanstösse.

In dem am Sonntag verabschiedeten Europapapier sprachen sich die Jungfreisinnigen klar für die Personenfreizügigkeit und somit gegen Kontingente sowie auch «flankierende Massnahmen» aus. Die Jungfreisinnigen fordern, dass die Personenfreizügigkeit auf ausgewählte Drittstaaten ausgeweitet und die Migration in unsere Sozialwerke unterbunden wird. Abschottungstendenzen werden von den Jungfreisinnigen nicht unterstützt.

Ein deutliches Zeichen setzten die

Jungfreisinnigen auch mit der Parolenfassung gegen das neue Energiegesetz. Nachdem man sich an Delegiertenräten und in einem Positionspapier mehrmals gegen die Energiestrategie 2050 eingesetzt hatte, wurde am Kongress nochmals ein deutliches Nein gegen Zwangsmassnahmen, Subventionen und die Regulierungsflut gefasst. Weiter wurde der Weg für die Kampagnen gegen die Altersreform und für die kommende No-Billag-Initiative dem Vorstand für eine aktive Teilnahme am Abstimmungskampf geebnet.

Am Sonntag wurden zudem zwei neue Vorstandsmitglieder gewählt. Jill Nussbaumer (ZG) übernimmt das Ressort Medien & Online und löst so-

mit Pascal Stäheli (SG) ab, welcher aus beruflichen Gründen zurückgetreten war. Jill schloss ihren Bachelor an der Universität St. Gallen ab und arbeitet momentan bei der Privatbank Notenstein La Roche. Mit Louise Morand wird eine zweite Frau in den Vorstand gewählt. Sie übernimmt Dimitri Allaz' Amt des International Officers. Louise studiert Recht an der Universität Fribourg und wird sich um die internationalen Angelegenheiten der Jungfreisinnigen kümmern. In den vergangenen Wochen wurden die beiden bereits mit ihren neuen Ämtern vertraut gemacht. Der Vorstand ist somit bereit für die kommenden Herausforderungen.